Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4602**
16. Wahlperiode 07. 03. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Paul Schäfer (Köln), Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/3697 –

Stopp von staatlichen Bürgschaften für Rüstungsexporte

A. Problem

Keine weitere Übernahme von staatlichen Bürgschaften für Rüstungsexportgeschäfte und sog. Offset-Geschäfte; Veröffentlichungspflicht für alle abgelehnten und gewährten Exportbürgschaften; OECD-weite Anwendung der Richtlinien für Exportkreditgarantien auch bei Rüstungsexporten.

B. Lösung

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/3697 abzulehnen.

Berlin, den 28. Februar 2007

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Albert Rupprecht (Weiden)	**Gudrun Kopp**
Vorsitzender	Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Gudrun Kopp

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/3697** wurde in der 79. Sitzung des Deutschen Bundestages am 1. Februar 2007 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung und den Auswärtigen Ausschuss, den Finanzausschuss, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe sowie den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrags

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion DIE LINKE. muss der Grundsatz „Keine staatlichen Bürgschaften für Rüstungsexporte“ auch in den politischen Grundsätzen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern verankert werden. Zudem müssten alle abgelehnten und gewährten staatlichen Exportbürgschaften innerhalb von zwei Wochen nach der Entscheidung veröffentlicht werden. Die finanzielle Unterstützung deutscher Rüstungsexporteure oder von Käufern deutscher Rüstungsgüter in anderen Staaten durch Zuschüsse oder Exportbürgschaften gehöre zur bedenklichsten Formen der Rüstungsexportförderpolitik. Die Bürgschaften sicherten Geschäfte mit Staaten ab, die militärisch aufrüsten wollten, gleichzeitig aber als ökonomisch und politisch instabil und unzuverlässig gälten. Durch ihr breites Angebot an Exportbürgschaften sichere die Bundesregierung keine laufenden Exportgeschäfte, sondern schaffe erst die Voraussetzung für das Zustandekommen solcher Geschäfte. Für besonders problematisch hält die Fraktion DIE LINKE. staatlich abgesicherte Rüstungsexportgeschäfte, die auch einen Technologietransfer beinhalten und den Empfängerstaaten neue Absatzmärkte für ihre Rüstungsprodukte bieten.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 16/3697 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage in seiner 35. Sitzung am 28. Februar 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/3697.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 47. Sitzung am 28. Februar 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/3697.

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage in seiner 35. Sitzung am 28. Februar 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. in Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/3697.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage in seiner 27. Sitzung am 28. Februar 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/3697.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage in seiner 31. Sitzung am 28. Februar 2007 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/3697.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 16/3697 in seiner 29. Sitzung am 28. Februar 2007 abschließend beraten.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/3697 zu empfehlen.

Berlin, den 28. Februar 2007

Gudrun Kopp
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333